

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste und CDU; Arbeitsaufträge an die Verwaltung						
Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf	Bemerkungen	Ergebnis
176	FB 1	1121	18	-380.435	SPD: +0 Euro. Sperrvermerk über 50.000 Euro der 150.000 Euro für Aufbau der Arbeitgeber-Marke (Bericht um Ausschuss erbeten).	Aufbau einer Arbeitgeber-Marke, Sperrvermerk über 50.000 Euro. Bericht im VA über den aktuellen Stand und Einsatz der Mittel
225	FB 2	5710-2	17	-1.435.400	Linke: -20.000 Euro. WIT Transferaufwendungen: Förderung öffentlicher WLAN-Zugänge ("Freifunk"), die kostenlos von privaten Personen oder Institutionen zur Verfügung gestellt werden. Statt mit hohen Kosten ein eigenes kostenloses Wlan-Netz in der Innenstadt aufbauen, scheint es sinnvoller, Initiativen zu unterstützen, die ihren privaten Netzzugang der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Voraussetzung für die Förderung: offener Zugang, keine Bindung an kommerzielle Zwecke keine Werbung.	Bereitstellung von 20.000 Euro mit Sperrvermerk. Bericht im VA über mögliche Modelle öffentliches WLAN zu fördern.
260	FB 3	128002	17	0	CDU: -30.000 Euro. Förderung des Projektes "Region der Lebensretter" zur Verbesserung der Erstversorgung bei medizinischen Notfallsituationen mit einem Herz-Kreislauf-Stillstand; Interfraktioneller Antrag folgt.	Bereitstellung von 30.000 Euro mit Sperrvermerk. Bericht im VA über die Verwendung der Mittel.
324	FB 5	3650	17	-25.554.040	AL/Grüne: -415.000 Euro. Tageselternverein. Begründung: Vor allem für finanzschwache Menschen sind die Erstanschaffungen eine große Hürde beim Start als Tagesbetreuung. Für die Startkosten gab es bereits Zuschüsse vom Bund, allerdings sind diese zur Zeit ausgesetzt. Der städtische Zuschuss wird abgeschafft, sobald Bund oder Land das Programm neu aufsetzen. Der Zuschuss wird nur bezahlt, wenn Tübinger Kinder betreut werden. Bei Arbeit für weniger als 5 Jahre, wird anteilig zurückgezahlt. Begründung: Mehr Geld für betreuende Personen, bürokratisch viel einfacher, als Erhöhung der Stundenpauschale oder Zuschuss zu Nebenkosten. Pauschalen werden vom TEV so vorgeschlagen.	Bereitstellung von 100.000 Euro für 2024 mit Sperrvermerk. Bericht im KuBiS über geplante Vorgehensweise und Rechenmodell.
411	FB 8	1124-8	12	-7.554.323	Fraktion: +10 AK. Aktuell sind ungefähr die Hälfte der eingesetzten Reinigungskräfte sind bei der Stadt Tübingen angestellt, die andere Hälfte wird von Mitarbeiter_innen von externen Firmen durchgeführt. Diese Anteil sollte erstmals auf 60:40 zugunsten der Eigenreinigung erhöht werden. Die Mitarbeiter_innen der Stadt werden nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) vergütet und haben dadurch vergleichsweise bessere Arbeitsbedingungen (die Löhne sind trotzdem niedrig und reichen häufig nicht zum Leben). In der Fremdreinigung erfolgt die Vergütung nach dem Tarifvertrag des Gebäudereinigerhandwerks (18% bis 70% niedrigerer Lohn als in TVöD und weniger bzw. keine Leistungszulagen). Außerdem wird die Tariftreue formal abgefragt, aber ihre Einhaltung nicht durch die Stadt kontrolliert. Die Arbeitsbedingungen von Gebäudereiniger_innen haben sich bundesweit durch die finanzielle Notlage der Kommunen und zunehmende Privatisierung verschlechtert: der Wettbewerb wird hauptsächlich über Personalkosten (Arbeitsverdichtung, Tarifunterschreitungen, geringfügige Beschäftigung, Mini Jobs, Zeitarbeit) ausgetragen. In der Innenreinigung arbeiten hauptsächlich geringfügig oder in Teilzeit beschäftigte FLINTA, oft Migrantinnen. Hinweis der Verwaltung: Annahme 10 Reinigungskraft-Stellen in der Regel je 0,5 AK in E 2 und hochgerechnet ab 01.07.2024 mit 116.870 Euro. Jährliche Folgekosten somit bei 233.740 Euro.	Keine Bereitstellung von Mitteln - Bericht im PA über die Umsetzung des Verhältnisses Eigen- und Fremdreinigung und der geplanten Perspektive des weiteren Ausbaus der Eigenreinigung.